

Sicherheitsordnung nach Moskaus Ukraine-Invasion

Russland ist auf absehbare Zeit nicht in ein kooperatives Sicherheitssystem in Europa integrierbar. Der Westen muss die Ukraine unterstützen und Russlands militärische Macht eindämmen. Doch Russland bleibt für die Stabilität von Europa wichtig. Die Frage ist, welche Rolle das Land in einer künftigen Nachkriegsordnung spielen soll.

Von Jeronim Perović

Als sich die Staats- und Regierungschefs der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE, heute OSZE) im November 1990 in Paris einfanden, erklärten sie den Kalten Krieg für beendet. Mit der Unterzeichnung der «Charta von Paris» verpflichteten sich die KSZE-Mitgliedstaaten, eine neue Ordnung zu errichten. Sie lehnten jegliche neue Trennlinien in Europa ab und bekannten sich zu Demokratie, Menschenrechten und Grundfreiheiten. Konflikte unter den Staaten Europas sollten friedlich gelöst und die entsprechenden Mechanismen dafür geschaffen werden. Alle Staaten sollten allfällige Bündniszugehörigkeiten frei wählen können; die Sicherheit anderer Staaten im KSZE-Raum sollte dadurch aber nicht beeinträchtigt werden.

Der Geist von Paris ist tot. Mit seinem Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die russische Führung alle Illusionen zerstört, dass sich in Europa zusammen mit Russland ein kooperatives Sicherheitssystem errichten liesse. Russland wurde für sein Verhalten scharf verurteilt und das Land mit umfassenden Wirtschaftssanktionen belegt. Die USA, Grossbritannien und weitere Staaten unterstützen die Ukraine mit Waffen in ihrem Abwehrkrieg gegen die russische Armee. Auch wenn derzeit noch unklar ist, entlang welcher Fronten die Armeen den Kampf einstellen werden, so ist es doch höchste Zeit, sich Gedanken darüber zu machen, wie eine

neue europäische Stabilität erreicht werden kann und welche Rolle Russland im Rahmen einer europäischen Sicherheitsordnung spielen soll.

Was will Russland?

Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine sollte das Nachbarland vollständiger russischer Kontrolle unterstellen. Präsident Putin und sein Regime sprechen der Ukrai-

Schlüsselaussagen

- Russland ist militärisch geschwächt und derzeit weit davon entfernt, die Ukraine vollständiger russischer Kontrolle zu unterwerfen. Doch Russland dürfte die bisher eroberten Gebiete kaum ganz aus der Hand geben und wird für die Zukunft der Ukraine eine Rolle spielen.
- Die westlichen Sanktionen schaden der russischen Wirtschaft zwar massiv, eine Änderung der russischen Politik ist jedoch nicht zu erwarten. Russland bleibt dem Westen gegenüber antagonistisch eingestellt und wird versuchen, seine Beziehungen zu China und anderen nicht-westlichen Staaten auszubauen.
- Der Westen muss die Ukraine unterstützen, auch mit militärischen Mitteln. Gleichzeitig kann die Schwächung und vollständige Entkoppelung Russlands von Europa nicht im europäischen Interesse sein. Denn ein isoliertes, wirtschaftlich angeschlagenes und militarisiertes Russland ist ein noch gefährlicheres Russland, mit dem sich Sicherheit in und mit Europa nicht wird erreichen lassen.

ne ein Recht auf eine eigene Staatlichkeit und Identität rundweg ab. Entsprechend ist der Krieg als militärische Fortsetzung der zuvor gescheiterten Bemühungen Moskaus zu verstehen, die Ukraine näher an Russland heranzuführen und Kiew von seinem Westkurs abzubringen. Russland möchte sich im postsowjetischen Raum von russlandhörigen Nachbarstaaten umgeben und diese über politische und wirtschaftliche Abhängigkeiten und über russisch-dominierte Strukturen wie die Eurasische Wirtschaftsunion und die Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit institutionell an sich binden. Aus Sicht des Kremls kann Russland nur so im internationalen Wettbewerb der Grossmächte bestehen.

Als historisch eng mit Russland verbundener «Bruderstaat» betrachtet Russland die Ukraine als einen zentralen Pfeiler in dieser imperialen Vorstellung. Doch die Ukraine konnte sich den russischen Einflussversuchen in der jüngeren Vergangenheit nicht nur effektiv widersetzen, sondern namentlich nach 2014 ihre wirtschaftlichen, politischen und militärischen Beziehungen mit westlichen Staaten und Organisationen vertiefen. Die Aussicht, die Ukraine an den Westen zu «verlieren», ist der wichtigste Grund für Russlands Militärintervention.

Allerdings hat sich der Kreml völlig verkalkuliert. Der Wille der Ukraine zum Widerstand und die ukrainischen militärischen Fähigkeiten wurden ebenso unterschätzt wie die Bereitschaft vor allem westlicher Staaten, mit scharfen Sanktionen umgehend zu reagieren. Weil es den russischen Einheiten weder gelang, das Regime in Kiew zu stürzen noch sich die ukrainische Armee auflöste, sah sich Moskau mit einer Situation konfrontiert, auf die es nicht vorbereitet war. Auch aufgrund massiver Verluste an Soldaten und Material blieb der russischen Führung nichts anderes übrig, als zumindest vorübergehend von den ursprünglichen Maximalzielen einer Kontrolle der gesamten Ukraine abzusehen und ihren Eroberungskrieg auf den Südosten des Landes zu konzentrieren.

Unabhängig davon, wie umfangreich die Gebietsverluste für die Ukraine sein werden und wie lange sich der Krieg noch hinzieht: Der grösste Teil der Ukraine dürfte für Russland verloren sein. Die geopolitischen und militärischen Implikationen sind tiefgreifend: Russland verfügt aufgrund seines grossen Bestandes vor allem an atomaren Waffen zwar nach wie vor über riesige Zerstörungsmöglichkeiten, doch in militärisch-konventioneller Hinsicht wird Russland geschwächt aus dem Krieg mit der Ukraine hervorgehen und es wird Jahre dauern, bis das russische Militär die materiellen Verluste ausgleichen können. Erschwerend kommt hinzu, dass der russischen Rüstungsindustrie aufgrund der Sanktionen auch der Zugang zu westlicher Hochtechnologie versperrt ist, und ihr damit auch wichtige Komponenten bei der Herstellung bestimmter Waffensysteme fehlen. Umgekehrt wird die ukrainische Armee weiter auf militärische Unterstützung aus dem Ausland zählen können. Die Ukraine wird unabhängig von einer NATO-Mitgliedschaft ein wichtiges Element im Auf-

bau einer Verteidigungslinie von an Russland angrenzenden NATO-Staaten werden, wozu auch Finnland und Schweden zählen werden, wenn die Türkei ihren Widerstand gegen die Aufnahme dieser beiden Staaten aufgegeben hat.

Wirtschaftliche Implikationen

Die russische Führung rechnete zwar mit Sanktionen und stellte sich auch darauf ein. Die russische Zentralbank etwa verringerte den Anteil an Dollar und Euro an ihren Fremdwährungsreserven in den letzten Jahren kontinuierlich. Nicht erwartet hat Moskau jedoch derartig folgenschwere wirtschaftliche Sanktionen wie den weitgehenden Ausschluss Russlands aus dem internationalen Zahlungsverkehr SWIFT oder das Einfrieren von auf westlichen Banken lagernden Fremdwährungsreserven. Die USA und Grossbritannien haben bereits ein Ölembargo beschlossen, um Russland von den so wichtigen Deviseneinnahmen abzuschneiden, und die EU sprach sich im Grundsatz ebenfalls für einen umfassenden, wenn auch nicht vollständigen Stopp der russischen Erdöllieferungen aus. In der nahen Zukunft dürfte Europa auch seine Abhängigkeit von russischen Gasimporten verringern. Besonders gravierend könnte es sich für die russische Wirtschaft auswirken, dass sich hunderte von Firmen nicht nur aus Europa und Nordamerika, sondern auch aus Südkorea und Japan zum Rückzug aus Russland entschlossen haben. Damit geht Know-how verloren, es fehlen wichtige Investitionen und Lieferketten sind unterbrochen. Bereits jetzt müssen Flugzeuge am Boden bleiben, weil die aus dem Westen stammenden Ersatzteile fehlen. China, Indien und andere Staaten, die sich den Sanktionen gegen Russland nicht angeschlossen haben, werden als Handelspartner Russlands wichtiger, sie werden aber mindestens kurzfristig westliche Investitionen, Erfahrung und Hochtechnologie nicht oder nur teilweise ersetzen können.

Die Sanktionen werden die russische Führung nicht davon abhalten, ihren Feldzug gegen die Ukraine weiterzuführen. Doch Russland wird wirtschaftlich angeschlagen aus diesem Krieg hervorgehen: Die Industrieproduktion ist bereits massiv eingebrochen, zahlreiche Privatfirmen haben Insolvenz angemeldet und gemäss einer internen Schätzung des russischen Finanzministeriums dürfte die russische Wirtschaftsleistung 2022 um rund zwölf Prozent einbrechen – so stark wie seit dreissig Jahren nicht mehr. Verheerend könnte sich der Rückzug von Unternehmen wie Halliburton oder Schlumberger für die Weiterentwicklung der russischen Energieindustrie auswirken, weil diese Firmen wichtige Hochtechnologie für den russischen Erdölsektor geliefert haben. Russland erlebt zudem die massenweise Abwanderung junger, gut ausgebildeter Fachkräfte, insbesondere aus dem IT-Sektor, was die wirtschaftliche Entwicklung ebenfalls nachhaltig behindern könnte.

Russlands Isolation

Implikationen hat der Krieg auch für Russlands regionale und globale Rolle: Die herben militärischen Verluste wer-



Ein im Zuge der russischen Invasion beschädigtes Auto der OSZE in Mariupol, 01. April 2022.
Alexander Ermochenko / Reuters

den Russlands Ansehen als Militärmacht und als Waffenlieferant schaden. Russlands Wirtschaft ist aufgrund der Sanktionen nicht nur von den westlich dominierten globalwirtschaftlichen Zusammenhängen weitgehend entkoppelt; die internationale Isolierung des Landes ist weit umfassender und betrifft auch Bereiche wie den Sport, die Kultur, wissenschaftliche Austausch oder den Tourismus. Russlands Situation ist nur vergleichbar mit der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, als sich die Sowjetunion unter Stalin vom internationalen Welthandel und den Austausch mit den kapitalistischen Staaten des Westens weitgehend abkapselte.

Anders als Russland hatte die Sowjetunion jedoch zahlreiche Alliierte, die ihr ideologisch verbunden waren und die Moskau über die informellen Kanäle der Kommunistischen Partei und Geheimdienste und die formellen Institutionen wie den Warschauer Pakt oder den Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe zu kontrollieren vermochte. Heute ist Russland geopolitisch weitgehend auf sich alleine gestellt. Sinnbildlich brachte dies die Abstimmung in der UNO-Vollversammlung am 2. März 2022 zum Ausdruck, als von den 193 UNO-Mitgliedstaaten nebst Russland einzig Belarus, Eritrea, Nordkorea und Syrien gegen die Forderung stimmten, dass sich Russland aus der Ukraine zurückziehen solle. Immerhin 35 Staaten, darunter China und Indien, enthielten sich der Stimme. Doch auch auf seine engsten Alliierten kann sich Moskau nicht wirklich verlassen: Belarus hat seinem Nachbarn zwar sein Territorium für den russischen Truppenaufmarsch überlassen, der belarussische Machthaber Aleksandr Lukaschenko hat sich bisher aber geweigert, direkt mit eigenen Truppen an Kampfhandlungen in der Ukraine teilzunehmen. Belarus ist nebst Armenien, Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan Mitglied der russisch dominierten Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit. Keiner dieser Staaten hat sich bisher offen für Russlands Angriffskrieg gegen die

Ukraine ausgesprochen. Russland unterhält eine «strategische Partnerschaft» mit China und hat gute Beziehungen mit zahlreichen anderen Staaten, darunter namentlich Indien und Brasilien, die an russischen Waffen und Rohstoffen interessiert sind. Ob und in welchem Ausmass insbesondere Peking die Partnerschaft mit Moskau weiter zu festigen gewillt ist, wird auch vom Ausgang des Krieges in der Ukraine bestimmt werden.

Für den Aufbau eines Russland-zentrierten geopolitischen Blockes fehlt es Moskau nicht nur an wirtschaftlichem Potenzial, sondern auch an ideologischer Ausstrahlungskraft. Anders als die Sowjetunion, die den Kommunismus als Zukunftsidee und die Planwirtschaft als alternatives Wirtschaftsmodell gegenüber dem Kapitalismus und der freien Markt-

wirtschaft anpries, verfügt die von Putin propagierte «russische Welt» über kein konkretes Programm. Russland sieht sich als Unterstützer anderer autoritärer Regime, doch ein attraktives Wirtschafts- und Entwicklungsmodell vermag es nicht anzubieten.

Russlands (destruktives) Potenzial

Russland wird nach diesem Krieg nur noch bedingt in der Lage sein, Weltpolitik aktiv mitzugestalten. Doch es hat genügend Potenzial, um in Europa und punktuell auch global eine Rolle spielen zu können. Als ständiges Mitglied im UNO-Sicherheitsrat und entsprechend ausgestattet mit einem Veto-Recht hat Moskau jederzeit die Möglichkeit, diplomatische Bemühungen um Konfliktlösungen zu torpedieren. Beim Streit um das iranische Atomprogramm beispielsweise kann Russland auch künftig nicht übergangen werden. Überall dort, wo Russland im postsowjetischen Raum Armeeeinheiten stationiert hat – in Belarus, Moldawien (Transnistrien), Georgien (Abchasien und Südossetien), Armenien, Aserbaidschan (Bergkarabach) oder Zentralasien (Kirgistan, Tadschikistan und Kasachstan) – bleibt Russland ein ernstzunehmender Faktor für die regionale Sicherheit. Dasselbe gilt für Russlands Einfluss im Nahen Osten und namentlich in Syrien, wo Russland ebenfalls Militärbasen unterhält, auch wenn es grosse Teile seiner Truppen für den Krieg gegen die Ukraine abgezogen hat. Russland ist militärisch geschwächt und wird doch fähig sein, etwa in Bürgerkriegssituationen (wie in Libyen) oder in Koalitionen mit anderen autoritär regierten Staaten westlichen Ordnungsvorstellungen entgegenzuwirken. In der Arktis ist Russland nach wie vor die militärische Vormacht und bei der Erschliessung der arktischen Rohstoffe wird kein Weg an Russland vorbeiführen.

Auch wenn es der ukrainischen Armee gelingen sollte, Russlands Vormarsch zu stoppen und Teile der von Russland eroberten Gebiete zurückzugewinnen, wird

Russland für die Zukunft der Ukraine bedeutsam bleiben. Zentral wird dabei die Frage des künftigen Zugangs der Ukraine zu ihrer Schwarzmeerküste und dort angesiedelten wichtigen Häfen wie vor allem Odessa sein. Russlands Wirtschaft wird aufgrund der westlichen Sanktionen einen massiven Einbruch erleiden, doch die ukrainische Wirtschaft ist vom Krieg ungleich stärker betroffen: Gemäss Schätzungen der Weltbank dürfte die Ukraine aufgrund der russischen Invasion im Jahr 2022 rund 45 Prozent ihrer Leistungskraft einbüßen. Der Ukraine wurden zwar Milliardenhilfen zugesichert; doch solange der Krieg weitergeht, hält auch die Unsicherheit an und werden der Wiederaufbau nur zögerlich vorankommen und die Investitionen wohl ausbleiben.

Zurück in der Zukunft

Angesichts der russischen Militärangriff muss die NATO ihre östliche Grenze militärisch verstärken und die Ukraine weiter mit Waffen unterstützen. Auch über die Aufstockung der westlichen Militärhilfe an Moldawien und Georgien sollte nachgedacht werden. Gleichzeitig sollte bei der Suche nach Stabilität nicht schon die Saat eines neuen Revanchismus gelegt werden. Ein isoliertes, wirtschaftlich geschwächtes und militarisches Russland wäre ein gefährliches Russland, das allein schon aufgrund seines Atomwaffenarsenals enormen Schaden anrichten kann.

Russland befindet sich derzeit auf dem Weg zurück in die 1990er-Jahre, als das Land aufgrund von wirtschaftlichem und sozialen Niedergang und politischer Instabilität an den Rand von Zerfall und Bürgerkrieg geraten war. Nur sind die Vorzeichen heute anders und weit besorgniserregender: Das Russland der 1990er-Jahre bemühte sich um den Aufbau von Demokratie und Marktwirtschaft, suchte gute Beziehungen zu den Staaten des Westens und stellte für seine Nachbarn keine unmittelbare Bedrohung dar. Heute würde eine Destabilisierung Russlands im Kontext von Diktatur, Militarismus und einer antiwestlichen Grundstimmung erfolgen, was ungleich stärkere negative Folgen für Russlands internationales Umfeld haben könnte. Fraglich ist daher, ob es mit Blick auf die künftige

Stabilität wirklich klug ist, Russland nachhaltig schwächen zu wollen, wie offenbar von der amerikanischen Biden-Administration beabsichtigt. Zudem kann es auch nicht im europäischen Interesse liegen, sich von Russland in wirtschaftlicher Hinsicht massiv zu entkoppeln. Europa muss seine übergrosse Abhängigkeit von russischen Rohstoffen reduzieren, doch ein schwaches Russland, das sich politisch, militärisch und wirtschaftlich an Autokratien wie China anlehnt, wäre womöglich ein noch unberechenbarer Antagonist, mit dem Sicherheit in und für Europa kaum zu erreichen wäre.

Die Vorstellung, ein «Sieg» der Ukraine würde einen Regimewechsel in Russland einleiten, eine Läuterung der russischen Gesellschaft bewirken und das Land wieder an die westliche demokratische Staatengemeinschaft heranzuführen, beruht auf Wunschen und taugt nicht als Politikanleitung. Vielmehr muss sich der Westen auf eine neue Realität einstellen: Europa ist gespalten und es droht eine lange Phase der Unsicherheit. Dabei dürften ein Ausgleich und eine erneute Annäherung zwischen Russland und Europa erst dann möglich sein, wenn eine für alle Seiten annehmbare Regelung der Ukrainefrage gefunden wurde. Wie eine solche Regelung aussehen könnte, bleibt unklar. Solange der Krieg anhält wird es dazu keine Antworten geben.

Historische Analogien sind oft nur bedingt hilfreich, um gegenwärtige Entwicklungen zu begreifen. Doch es ist leider eine zynische Wahrheit, dass im Kalten Krieg eine Annäherung erst dann möglich wurde, als die Grenzen zwischen «West» und «Ost» klar abgesteckt und Einigung darüber erzielt wurde, dass sie nicht gewaltsam infrage gestellt würden. Europa ist damit zurück in einer Situation, die 1990 in der «Charta von Paris» eigentlich für beendet erklärt worden war.

Jeronim Perović ist Professor an der Universität Zürich und Leiter des Center for Eastern European Studies (CEES).

Diese Analyse entstand im Rahmen einer strategischen Kooperation zwischen dem CSS und dem CEES.

Die **Policy Perspectives** werden herausgegeben vom Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich. Das CSS ist ein Kompetenzzentrum für schweizerische und internationale Sicherheitspolitik.

Series Editor: Brian G. Carlson
Issue Editors: Boas Lieberherr, Niklas Masuhr
Layout: Miriam Dahinden-Ganzoni

Feedback und Kommentare: PolicyPerspectives@sipo.gess.ethz.ch
Weitere Ausgaben und Abonnement:
css.ethz.ch/en/publications/css-policy-perspectives

Zuletzt erschienene Ausgaben:

The War Against Ukraine Shapes NATO's Future (10/4)
Goodbye Cyberwar: Ukraine as Reality Check (10/3)
Ceasefire Monitoring and Verification Technology (10/2)
Cyberneutrality: Discouraging Collateral Damage (10/1)
Europe: Greater Autonomy, Better Allies (9/10)
The Role of Value Systems in Conflict Resolution (9/9)

© 2022 Center for Security Studies (CSS), ETH Zürich
ISSN: 2296-0244; DOI: 10.3929/ethz-b-000549979